

Erziehungs-Gewerkschaft sieht keine Gefahr für Gymnasien

GEW-Vizevorsitzender Reinemann gibt Entwarnung für Situation im Landkreis und fordert sachliche Diskussion

Landkreis Vechta (gio). Die SPD-nahe Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) mahnt mit Nachdruck eine sachliche Diskussion zum neuen niedersächsischen Schulgesetz an. Der stellvertretende GEW-Kreisvorsitzende Kurt Reinemann kritisiert in einer Mitteilung insbesondere den konservativen Philologenverband, der vor einer Gefahr für Gymnasien durch die rot-grüne Gesetzesnovelle warnt – wie auch die Oppositionsparteien CDU und FDP.

Reinemann, der Oberstudienrat am Gymnasium Antonianum in Vechta ist, stellte fest: Vor al-

lem im Landkreis Vechta bestehe überhaupt kein Anlass zur Sorge. Reinemann verwies auch auf Analysen des GEW-Bezirksvorsitzenden Stefan Störmer, der das neue Schulgesetz aus regionaler Perspektive beleuchtet hat – unlängst als Gastreferent in Vechta. Störmer wirft demnach dem Philologenverband vor, völlig unbegründet Panik zu machen, wenn er die Tatsache, dass Integrierte Gesamtschulen (IGS) künftig ersetzende Schulformen sein können, als Vernichtungsfeldzug gegen Gymnasien sehe. Eine IGS könne nämlich nur dort eine ersetzende Schul-

form sein, wo dies vor Ort von Eltern und Schulträgern ausdrücklich so gewünscht sei. Außerdem sei die Gründung einer

Keine Gesamtschule ohne den Wunsch der Eltern und Schulträger

IGS nur dort möglich, wo ein Gymnasium in zumutbarer Entfernung erreicht werden könne.

Laut Gesetzentwurf gilt eine Stunde Fahrtzeit für den einfachen Schulweg als zumutbare Entfernung. Laut Störmer gebe es im ländlichen Raum bereits

jetzt längere Schulwege. Zwar könnten in einigen Regionen Niedersachsens die Schulentwicklungspläne, auch bedingt durch den demografischen Wandel, durchaus Gymnasien gefährden. Allerdings seien dies nur Ausnahmen, lautet die Prognose Störmers. Landesweit geht er von keinen nennenswerten Schließungen aus. Im Gegenteil verhalte es sich so, dass die Gründung einer IGS das Schulangebot erweitere – wie zum Beispiel jüngst in Barßel im Landkreis Cloppenburg, wo kein Gymnasium zur Disposition stehe. Schulentwicklungspläne

würden im Interesse der Bürger gestaltet, traditionell unter Einschluss der Gymnasien.

Außerdem gebe es im gesamten Weser-Ems-Gebiet nur zwei Landkreise ohne eine IGS: Neben der Grafschaft Bentheim sei das der Landkreis Vechta.

Reinemann sagte dazu: „Wenn es hier keine entsprechende Nachfrage seitens der Eltern gibt, dann sieht der Landkreis auch keinen Handlungsbedarf.“ Reinemann verwies auf den geplanten Schulentwicklungsplan, der vom Schulausschuss des Landkreises auf den Weg gebracht wurde.